

La sicurezza dello stato è anche sicurezza del cittadino

Autor(en): **Regli, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rivista militare della Svizzera italiana**

Band (Jahr): **82 (2010)**

Heft 1

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-283793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

La sicurezza dello stato è anche sicurezza del cittadino

DIVISIONARIO PETER REGLI

Peter Regli è ingegnere diplomato SPFZ e già pilota militare. Dal 1990 al 1999 ha diretto il Servizio di Informazioni Svizzero nello Stato Maggiore Generale dell'Esercito con il grado di divisionario. Attualmente è consulente indipendente in materia di sicurezza nazionale. Abita presso Berna.

Le sfide per la sicurezza dello stato democratico e di diritto come la Svizzera sono di vario genere. In parte sono diffuse, difficili da individuare e sempre più asimmetriche. Ideologie fondamentaliste, il crimine organizzato, movimenti di destra e di sinistra con violenza estrema, spionaggio di ogni genere, la guerra dell'informazione come pure altri rischi e pericoli causano scenari molto complessi e difficili da gestire per i responsabili politici.

Se uno stato, und governo, ma anche il responsabile di una impresa vuol essere in grado ad ogni momento di agire, per non essere condannato a reagire, ha bisogno di informazioni ("intelligence"). Le informazioni indispensabili per governare vengono fornite, in maggior parte, dai propri servizi di informazioni nazionali. Una parte importante di questi servizi rappresenta la sicurezza dello stato (in tedesco: Staatsschutz), responsabile di individuare anticipatamente attori agenti nell'ombra, pericolosi per lo stato e la sua popolazione, come per esempio fondamentalisti islamici, terroristi, mafiosi, spie, cybercriminali, ecc..

Nella pubblicazione mensile "Schweizer Soldat" del mese di dicembre ho pubblicato un articolo sulla sicurezza dello stato, che mi permetto di far seguire nel testo originale, cosciente del fatto che la maggior parte dei lettori della RMSI sono poliglotti e ben intenzionati a capire un testo scritto in un'altra lingua nazionale.



Staatsschutz ist Bürgerschutz!¹⁾

Zur Entwicklung der Lage

Bei einer genaueren Beobachtung unserer nationalen Sicherheitslage fällt u.a. auf, dass:

- die Schweiz, wie die EU, auch 2010 noch keine Migrationsstrategie hat, daher dem unveränderten Zustrom von Menschen, welche eine bessere wirtschaftliche Zukunft suchen, ausgeliefert und nicht gewachsen ist;
- das „Gutmenschentum“, die Asylindustrie, die nicht den aktuellen Gegebenheiten angepassten Gesetze, der mangelnde Schulterschluss der bürgerlichen Parteien in Sicherheitsfragen und andere nationalen Defizite in der Schweiz dazu geführt haben, dass die innere Sicherheitslage zunehmend instabil und weniger kontrollierbar geworden ist;
- der Staatsschutz seit der „Fichenaffäre“ von 1990 geschwächt ist und somit den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden kann.

Wir wissen in unserem Lande in vielen Bereichen nicht mehr, was bezüglich Bedrohungen im Innern los ist.

Die nationale Unsicherheit

Unsere nationale Unsicherheit ist heute und in Zukunft besonders geprägt durch den ausländischen Gewaltextremismus, den europaweit zunehmenden islamischen Fundamentalismus und die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus, die organisierte Kriminalität, den Links- und Rechtsextremismus sowie die zunehmende Jugendgewalt. Es handelt sich dabei um sicherheitspolitische Herausforderungen, welche die sogenannte asymmetrische Bedrohung unserer Staaten kennzeichnen.

Der demokratische Rechtsstaat wird dort angegriffen, wo er Schwächen zeigt: Ungenügende Gesetze, nicht ausreichende Mittel, welche das Gewaltmonopol des Staates sicherstellen sollten (Polizei, Grenzschutzkorps, Armee mit der Militärpolizei), bei den Gerichten, welche in gewissen Urteilen auf fremde Kulturen (wie z.B. die Scharia) Rücksicht nehmen und schliesslich beim Datenschutz, der immer mehr zum „Täterschutz“ verkommt. Erwähnt sei auch die Strafrechtsrevision, welche potentielle Täter geradezu ermutigt, wieder mehr Risiken einzugehen. Geldstrafen, insbesondere wenn diese bedingt ausgesprochen werden, schrecken nicht von Straftaten ab!

Diese Risikofaktoren führen zu komplexen Szenarien, welche die politische Führung auf Stufe Bund und Kantonen zusätzlich herausfordern. Da auf Stufe Regierung die Bewältigung von extremen Krisenlagen nie praktisch geübt



Divisionario
Peter Regli

wird, ist man auf solche Szenarien schlecht bis gar nicht vorbereitet. Beispiele für diesen eklatanten „lack of leadership“ auf Stufe Landesregierung haben uns die Fälle Nazi/Judengeld, der Fall Swissair, die Bankenkrise und die al Ghadhafi - Erpressung sowie der Kundendaten-Diebstahl bei einer Genfer Privatbank ernüchternd und demütigend vor Augen geführt.

Es ginge nun darum, die Gründe dieser nationalen Unsicherheit zu erkennen, zu analysieren und dann gezielt, rasch und mutig Korrektur zu schaffen.

Der Staatsschutz

Sicherheitspolitische Herausforderungen können nur rechtzeitig erkannt werden, wenn man auf oberster politischer Führungsstufe weiss „was man weiss“ und insbesondere „was man nicht weiss“. Diese Erkenntnis sollte dazu führen, dass eine Regierung konkret Forderungen an ihre Nachrichtendienste formulieren kann. Nur dem eigenen Nachrichtendienst ist es möglich, in engster Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen und dem Grenzwachtkorps resp. der Armee mit ihrem Nachrichtendienst, die innere Sicherheitslage zu beurteilen und der Führung ein entsprechendes Lagebild vorzulegen.

Geplante Operationen durch islamische Extremisten, durch die organisierte Kriminalität, durch Spionage, bei nuklearer Proliferation und Massenvernichtungstechnologie, durch ausländische Gewaltextremisten (wie gewalttätige Kurden, Tamilen, Tierschutzorganisationen u.a.m.) können nur mit Hilfe von gezielter technischer und humaner Nachrichtenbeschaffung in Erfahrung gebracht werden. Grundsätzlich wäre der Nachrichtendienst, d.h. der Staatsschutz, dazu beauftragt.

Medien und Politik (auch die bürgerlichen Parteien) haben den Staatsschutz seit 1990 wegen der „Fichenaffäre“ jedoch nachhaltig beeinträchtigt, in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt und insbesondere nicht auf die modernen Herausforderungen ausgerichtet.

Ein latentes Misstrauen in der Bevölkerung dieser staatlichen Institution gegenüber bleibt deswegen leider im Raume stehen und sollte korrigiert werden.

Die geplante Verbesserung der Vorfeldaufklärung mittels einer Anpassung des Bundesgesetzes zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS II) wurde durch das Parlament im Winter 2008/09 an den Bundesrat zurückgewiesen. Informationen im Vorfeld von allfälligen extremistischen/terroristischen Handlungen können weiterhin nicht umfassend beschafft werden. Offenbar muss zuerst etwas geschehen, bevor diese Lücke geschlossen wird. In Helvetien herrscht unverändert das Prinzip des „zuerst muss es wehtun“, „Management by Kopfanschlagen“!

Perspektiven

Der Fall der PKK resp. der angeblich zum Teil fichierten Grossräten mit kurdischem Migrationshintergrund in Basel hat 2009 zu einer kritischen Überprüfung der Lage im Staatsschutz geführt. Es ist zu hoffen, dass die zuständige Delegation der Geschäftsprüfungskommission (GP Del) unter Präsident Janiak (SP, Basel) nicht nur nach links-

/grünen parteipolitischen Zielsetzungen vorgeht, sondern auch den Ernst der Entwicklung der inneren Sicherheitslage erkennt. Die Situation in „Kleinkurdistan“ (Kleinbasel), mit den sich rivalisierenden türkischen und insbesondere kurdischen extremistischen Bewegungen, sollte dabei als nationale Warnlinie dienen. Sie ist ein Beispiel für die Existenz von Parallelgesellschaften, die zwar bei uns leben, sich aber an eigene Gesetzmässigkeiten halten und eigene Werte verteidigen.

Dem seit 1. Januar 2010 neu tätigen Nachrichtendienst des Bundes (NDB) im VBS sollten die Mittel und die Kompetenzen gegeben werden, um gegenüber den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen besser gewappnet zu sein. Dem ehemaligen Dienst für Analyse und Prävention (DAP), als integriertem Teil dieses neuen Dienstes, müssten auf Stufe der Kantone zusätzliche Beschaffungsmittel (Stellen) zugesprochen und gleichzeitig dessen Rücken politisch und mit griffigeren gesetzlichen Grundlagen gestärkt werden. So könnten die politischen Fehlentscheide auf Stufe Bund und Kantone im Bereich Staatsschutz nach der „Fichenaffäre“ von 1990 schrittweise wieder korrigiert werden.

Bei diesen Überlegungen sollte auch nie vergessen werden: der Staatsschutz schützt mit seiner Tätigkeit primär die Bürger und Bürgerinnen. Dazu gehört aber auch der türkische Geschäftsinhaber in Kleinbasel, welcher von extremistischen kurdischen Jugendbanden eingeschüchtert, erpresst, geplündert oder gebrandschatzt wird. Die ausländische Wohnbevölkerung hat ein Anrecht auf Schutz vor den eigenen Extremisten, welche den Konflikt aus ihren Heimatländern in unsere Kantone bringen und hier austragen.

Kontrolle

Neben dem geforderten Ausbau der staatlichen Nachrichtendienste ist eine demokratische, unparteiische, der Sache dienende Kontrolle angezeigt. Die bestehende Kontrolle durch die GPK des Bundesparlamentes (die GP Delegation), allenfalls verstärkt durch ausgewiesene, erfahrene Experten, soll weiterhin das Vertrauen in die Institutionen sicherstellen. Diese Kontrollen sind auch eine Absicherung für die Dienste selber.

Die Kontrolle der nach dem Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) bearbeiteten Daten ist aber ausschliesslich Sache des Bundes. Es kann nicht sein, dass nun sämtliche Kantone eigene Vorschriften aufstellen, wie dies in Basel-Stadt der Fall ist, wo der Regierungsrat am 8. September 2009 eine entsprechende Verordnung beschloss. Gemäss dieser Verordnung hätte fortan eine zwar formell der Staatsschutzbehörde zugehörige, aber weisungsunabhängige Kommission ungehindert Einsichtsrecht in sämtliche Daten erhalten, was faktisch einer Umgehung der gültigen Vorschriften gemäss BWIS gleichkommt. Indem der Regierungsrat die Kontrollinstanz kurzerhand zu einem Bestandteil der Staatsschutzbehörde erklärte, versuchte er, die Bestimmungen des BWIS über die Einsichtsrechte in

staatsschutzrelevante Akten mit einem Trick – so die Wortwahl des Vorstehers des Justiz- und Sicherheitsdepartementes gegenüber der Medien – zu umgehen. Mit dieser Verordnung wäre nicht nur geltendes Bundesrecht verletzt, sondern dem kantonalen Organ unnötig engere Schranken auferlegt worden. Ausserdem hätte der kantonale Kontrollmechanismus Ressourcen gebunden, die es dringend für die aktive Nachrichtenbeschaffung über aktuelle Bedrohungen braucht. Es hätten also nicht der rechtschaffene Bürger und die rechtschaffene Bürgerin vom übertriebenen Kontrollsystem profitiert, sondern die zu beobachtenden Aktivisten von gewaltextremistischen, terroristischen und verbrecherischen Organisationen.

Das VBS in Bern hat den „Trick“ rechtzeitig erkannt und die Verordnung als bundesrechtswidrig noch im Dezember 2009 an die Basler Regierung zurückgeschickt.

und verwaltungsinterne Kontrollen tut Not. Der Bürger und die Bürgerin haben Anrecht auf Information über Sinn und Zweck dieser sensitiven Bereiche von nationaler Bedeutung. Auch in diesem Punkt kann und muss die Situation verbessert werden.

In der Zukunft, mit ihren äusserst komplexen Bedrohungsszenarien, wird die politische Führung mehr denn je gefordert sein. Die staatlichen Mittel zur Abwehr sind nach wie vor ungenügend. Sorgen wir dafür, dass unser Land besser gewappnet ist und das Volk mehr Verständnis für die Bedrohung und deren Abwehr hat. Nur mit einem guten, den Risiken und Gefahren angepassten Nachrichtendienst und Staatsschutz, können die Bürger und Bürgerinnen und unser Land effizient geschützt werden! ■

Information und Fazit

Die Information über die Tätigkeit von Nachrichtendiensten und insbesondere über den Bereich Staatsschutz aber auch über deren politische, finanzielle

¹⁾Articolo pubblicato dall'autore nel „Schweizer Soldat“ del mese di dicembre 2009, pagine 10/11



Garage Cassarate

 Lugano , Via Monte Boglia 24 Corongo , Via Ponte Tresa 35 Mondriolo , Via Rinaldi 3	 Lugano , Via Monte Boglia 21 Mondriolo , Via Bemasconi 31	 Audi Broguzzona , Via San Carlo 6 Mondriolo , Via Rinaldi 3	 MercatoAuto Horanzo Lugano , Via Molino 21 Mondriolo , Via Bemasconi 31
 SEAT Broguzzona , Via San Carlo 4	 PORSCHE Centro Porsche Tello Parallo Horanzo , Via Pian Scirolo 46A		

Il vostro concessionario di fiducia